

Ombudsstelle SRG.D

Dr. Esther Girsberger, Co-Leitung
Kurt Schöbi, Co-Leitung
c/o SRG Deutschschweiz
Fernsehstrasse 1-4
8052 Zürich

E-Mail: leitung@ombudsstellenrgd.ch

Zürich, 23. Januar 2024

Dossier Nr 9670 ff, - «DOK» «Unser täglich Fleisch – Von Gülle, Jobs und Umweltschäden» und Online-Artikel (App SRF News) vom 14. Dezember 2023

Sehr geehrte Damen und Herren

Vorbemerkung der Ombudsstelle:

Zwischen dem 14. Dezember 2023 und dem 2. Januar 2024 (an diesem Tag lief die Beanstandungsfrist für die obige Sendung ab), erreichten die Ombudsstelle 109 Beanstandungen. Die gegen die «DOK»-Reportage ins Feld geführten Kritikpunkte waren überwiegend dieselben, zu einem grossen Teil wortwörtlich gleich formuliert. Das war nicht zuletzt auf den Aufruf des Luzerner Bäuerinnen- und Bauernverbands zurückzuführen, durch möglichst viele Beanstandungen dem Unmut der Landwirtschaft Ausdruck zu verleihen. Der Verband stellte ein ausführliches Argumentarium zur Verfügung, das rege benutzt wurde und zu den erwähnten über 100 Beanstandungen führte. 94 Beanstandungen stammten denn auch aus dem Kanton Luzern, deren sechs aus dem angrenzenden Kanton Aargau, dessen Hallwiler-See auch eine zu hohe Phosphor-Konzentration aufweist.

Auf die verschiedenen Kritikpunkte geht die Redaktion einzeln ein in ihrer ausführlichen redaktionellen Stellungnahme (Seite 2 – 21). Zu Beginn sei deshalb nur erwähnt, was grundsätzlich von den Beanstanderinnen und Beanstandern moniert wird: Der Beitrag sei nur negativ gegen die Bäuerinnen und Bauern gerichtet, die positiven Entwicklungen der Landwirtschaft für Tierwohl und Emissionen würden nicht aufgezeigt, die Zuschauenden seien völlig einseitig und tendenziös informiert worden und es seien Fakten unterschlagen worden.

Die Ombudsstelle hat aufgrund des Gesamteindrucks abzuwägen, ob das Sachgerechtigkeitsgebot gemäss Art. 4 Abs. 2 des Radio- und Fernsehgesetzes verletzt wurde, ohne jeden einzelnen Kritikpunkt gesondert zu betrachten. Sie tut dies mit einem einzigen Schlussbericht.

Die Redaktion nimmt wie folgt Stellung:

Der DOK-Film zeigt anhand des kurzen Lebens eines Mastschweins, wie Fleisch in der Schweiz produziert wird, woher das Futter stammt und was die Auswirkungen der Gülle in einem Gebiet mit intensiver Landwirtschaft sind – im sogenannten Luzerner «Schweinegürtel» rund um den Baldeggersee, wo viel mehr Schweine als Menschen leben.

Verschiedene Stakeholder mit unterschiedlichen Meinungen kommen zu Wort: Ein Bauer, der zuständige Regierungsrat, zwei Wissenschaftler, ein Fischer, ein Förster und der Betreiber der Belüftungsanlage am Baldeggersee.

Mit dem Bauer Arthur Rösli steht ein Vorreiter seiner Branche im Zentrum des Films, der alle technisch möglichen Massnahmen einsetzt, um Ammoniak- und Geruchsemissionen zu reduzieren: Luftwäscher im Stall, Schleppschuh auf dem Feld, Abdeckung des Güllensilos. Die Vorzüge von Luftwäschern und Schleppschräuchen resp. des noch weiter gehenden Schleppschuhs werden im Film gezeigt. Dass die Landwirtschaft nicht zu Wort komme, wie es in den Beanstandungen steht, ist nicht korrekt.

Die Hauptkritik des Filmes betrifft den mangelnden Vollzug der Umweltschutzgesetze. Dafür sind nicht die Bauern, sondern die kantonalen Behörden verantwortlich. Der Film zeigt bei 14:05 Aussagen von Luzerner Behördenvertretern seit den 1990er Jahren: Zwei sagen, dass die Umweltgesetze nicht vollzogen werden, ein Dritter spricht von der Reduktion des Tierbestands, ohne etwas versprechen zu wollen. Der aktuell zuständige Regierungsrat ist für das Umweltamt und das Landwirtschaftsamt verantwortlich und erklärt sein Dilemma zwischen den Forderungen der Umweltverbände und der Bauern. Er sagt, der Vollzug des Gewässerschutzgesetzes via Reduktion der Tierbestände sei im Luzerner Parlament nicht mehrheitsfähig.

Wie schon der Filmtitel besagt, steht letztlich die Gesellschaft mit dem Fleischkonsum in der Verantwortung. Die Schlussfolgerung des Films, dass 70% weniger Fleisch gegessen werden müssten, um die Umwelt zu schonen, entstammt einer Studie der landwirtschaftlichen Forschungsanstalt Agroscope, die dem Bundesamt für Landwirtschaft angegliedert ist. Der Film zeigt die Tierproduktion und ihre Auswirkungen darum vielfältig und sachgerecht. (Agroscope-Studie Ernährung Seite 6 und 7)¹

Zustand Baldeggersee: Die Aussage, man «stehe eigentlich kurz vor der Ziellinie» in Bezug auf die Überdüngung des Baldeggersees ist falsch. Laut der Agroscope-Studie "Evaluation der stark zur Phosphorbelastung des Baldeggersees beitragenden Flächen" (2019) dauert es

¹<https://ira.agroscope.ch/de-CH/publication/37058>

bei der seit 2021 geltenden Düng-Praxis rund um den Baldeggersee von 80% Phosphorbedarfsabdeckung noch rund 30 Jahre, bis die überdüngten Böden saniert sind. (Seite 98: 80% Phosphor ergibt 30 Jahre siehe Grafik)²

Laut Gewässerschutzchemie-Experte Bernhard Wehrli (bis 2022 Professor für Aquatische Chemie am Departement Umweltwissenschaften der ETH) ist mit der aktuellen Güllepraxis nicht absehbar, wann die Seebelüftung abgestellt werden kann (Interview 12:00). Auch die Luzerner Regierung schreibt in zwei Antworten auf parlamentarische Vorstösse von 2020, es sei nicht abzusehen, wann die Seebelüftung abgestellt werden kann: «Zu Beginn der Seebelüftung wurde mit dem Ausbau der Abwasserreinigungsanlagen und mit dem Verbot von Phosphat in Waschmitteln eine rasche Reduktion der Phosphoreinträge in die Seen erreicht. Reduktionen der Einträge aus den landwirtschaftlich genutzten Flächen benötigen viel mehr Zeit, da in diesen Böden grosse Vorräte an Phosphor eingelagert sind, die sich nur über Jahrzehnte abbauen lassen. Im Weiteren führt auch der Zustand des Sedimentes in den Mittellandseen zu einer verlangsamten Sanierung der Seen. Für die Gesundheit der Mittellandseen heisst dies, dass die Seebelüftung insbesondere beim Baldeggersee noch längerfristig weitergeführt werden muss.»

«Zurzeit sind die Anforderungen an die Wasserqualität der Mittellandseen gemäss Anhang 2 GSchV (Gewässerschutzverordnung) noch nicht eingehalten. Am Seegrund der Mittellandseen kann trotz Seebelüftung die Anforderung der GSchV von jederzeit und überall mindestens 4 mg/l Sauerstoff nicht eingehalten werden. Die Produktion von Biomasse in den Seen ist aufgrund des zu hohen Nährstoffgehalts immer noch zu hoch. Um die Seen langfristig zu sanieren, so dass sie die Anforderungen an die Wasserqualität gemäss Gewässerschutzgesetzgebung einhalten und als Lebensraum funktionieren können, muss der Phosphoreintrag wesentlich reduziert werden. Auf eine Belüftung kann deshalb bis auf Weiteres nicht verzichtet werden. Die genaue Dauer kann im Moment noch nicht festgelegt werden».

(Antwort Vorstoss Zurbriggen 2020 Seite 4³, Antwort Vorstoss Simon Howald, Seite 7⁴, Agroscope-Studie Seite 98⁵)

Der Film zeigt und erklärt die Massnahmen, die seit den 1970er Jahren ergriffen wurden, um die Phosphor-Konzentration im See stark zu reduzieren: Bau der Abwasserreinigungsanlage Hochdorf, Verbot von Phosphat in Waschmitteln und landwirtschaftliche Massnahmen wie das Verbot der Ausbringung von Klärschlamm oder Gülle über Schnee. Die Berechnungen des Luzerner Umweltamts zeigen aber, dass seit Mitte der 1980er Jahre die Phosphoreinträge in den Baldeggersee zum überwiegenden Teil aus den landwirtschaftlich bewirtschafteten Flächen stammen. Gemäss Studie des Luzerner Umweltamts sind die Phosphor-Einträge aus den überdüngten Böden seit Jahren rund doppelt so hoch, wie sie es gemäss Zielwert sein dürften. Konkret heisst es: «Der Phosphoreintrag in den Baldeggersee betrug im Jahr 2021 4.8 Tonnen. Damit wurde der Zielwert von 2.2 Tonnen deutlich überschritten. Grund war die hohe Niederschlagsmenge im Jahr 2021.

² <https://ira.agroscope.ch/de-CH/publication/41029>;

³ <https://www.lu.ch/-/klu/ris/cdws/document?fileid=e67f85bf7794463ca28093020d690bf4>

⁴ <https://www.lu.ch/kr/parlamentsgeschaefte/CdwsFiles?fileid=6aefc14ca9784ff0ad247a4225c0cfe6>

⁵ <https://ira.agroscope.ch/de-CH/publication/41029>

Im Mittel der letzten 5 Jahre gelangten 3.1 Tonnen Phosphor pro Jahr in den Baldeggersee. Der überwiegende Anteil der Phosphorfrachten in den Baldeggersee stammt von den landwirtschaftlich genutzten Flächen. Er muss weiter reduziert werden.»

In einem Fachartikel der Eawag von 2020 steht: «Da die Klärung von häuslichen Abwässern in der Schweiz flächendeckend gewährleistet ist, liegt der Handlungsbedarf heute hauptsächlich bei der Landwirtschaft. Um die gesetzlichen Vorgaben nachhaltig und damit langfristig einzuhalten bzw. zu erreichen, muss im Einzugsgebiet von Seen die P-Fracht auf die seeverträgliche Menge gesenkt werden. Nährstoffkreisläufe müssen geschlossen, P-Vorräte in überdüngten Böden abgebaut und die Anwendung von Düngern reduziert werden.» (P=Phosphor, Fachartikel Aqua & Gas No 7/8, 2020, Gewässerqualität, Seite 69) ⁶

(Studie Mittellandseen Umweltamt Luzern, Studie «Zustand Baldeggersee», Seite 4,⁷ Zustand Baldeggersee, Umweltamt Luzern, Seite 3,⁸)

Ammoniak-Zielkonflikt: Der Zielkonflikt des Tierwohls versus höhere Emissionen wird in Bezug auf das Geruchsprojekt ausgeführt am Beispiel des freien Auslaufs der Tiere des Schweinemästers Walter Anderhub. In Bezug auf die subventionierten Ammoniak-Projekte wird der Zielkonflikt nicht erwähnt, weil in der Zeitspanne der Subventionen 2008-2021 die Ammoniak-Emissionen aus Tierwohlställen und freien Ausläufen nicht gestiegen sind. Dies belegt die Emissions-Tabelle des Ammoniak-Berichts der Hochschule für Agrar-, Forst- und Lebensmittelwissenschaften (HAFL, 2022), die im Auftrag des Bundesamts für Umwelt erstellt wurde (siehe Seite 99: Stall/Laufhof 2008: 13,8 kt NH₃-N/ 2020: 13,7 ktNH₃-N). Das heisst: Die Tierwohl-Ställe haben die Reduktion der technischen Massnahmen nicht aufgehoben. Das HAFL hat für DOK die Entwicklung der Emissionen pro Tier von 2007-2019 berechnet und schreibt dazu: „Man sieht, dass bei fast allen Tierkategorien die Emission pro Tier leicht abnimmt. Dies ist auf Änderungen der Produktionstechnik zurückzuführen. Teilweise sind das Änderungen, die man gezielt wegen Ammoniakemissionen umsetzt (z.B. Schleppschlauch) oder solche, die mindestens teilweise ohnehin stattfinden würden (z.B. Fortschritte in der Tierzucht und der Fütterung, die etwa bei Schweinen und Mastpoulets zu niedrigeren N-Ausscheidungen führen).» (Bericht Ammoniak-Emissionen HAFL, Seite 99, Vergleich Emission pro Tier)⁹

Laut dem im Film gezeigten internen Protokoll des Bundesamts für Landwirtschaft stiess 2016 vielmehr die Freiwilligkeit der Ammoniak-Projekte an die Grenze einer grösseren Reduktion der Emissionen. Der Zielkonflikt der Tierwohl-Ställe wird im internen Protokoll nicht erwähnt dafür die Sorge, «dass im Projektgebiet dank Schleppschlaucheinsatz sinkende Ammoniakemissionen nicht wieder wettgemacht werden durch zusätzlich Tierhaltung.» Der Film fokussiert auf das grundsätzliche Problem, dass die Stickstoff-Belastung in fast 90% der Wälder aufgrund des hohen Tierbestands und damit einhergehend des hohen Futtermittelimports zu hoch ist (70% des Stickstoffs stammt aus der Gülle). Die Ammoniak-Belastung sank zwischen 1990-2000, weil damals die Zahl der Nutztiere zurückging. Seit 2000 ist der Rückgang nurmehr gering.

⁶ https://www.dora.lib4ri.ch/eawag/islandora/object/eawag%3A21032/datastream/PDF/Kiefer-2020-Sauerstoffzehrung_in_Seen-%28published_version%29.pdf

⁷ https://sempachersee.ch/wp-content/uploads/2023/08/20230411_Jahresbericht_ASSAN_2022-1.pdf

⁸ https://2seen.ch/wp-content/uploads/2023/06/Pr%C3%A4sentation-Zustand-Baldeggersee_uwe-Luzern.pdf

⁹ https://agrammon.ch/assets/Documents/Bericht_Agrammon_1990-2020_-20220331.pdf

(BLW-Protokoll Freiwilligkeit, Seite 2, vgl. pdf-Dokument im Anhang)

Auch beim Ammoniak sprechen die wissenschaftlichen Fakten gegen die Aussagen in den Beanstandungen, dass die Landwirtschaft sich auf «den letzten Metern» vor der Zielerreichung befindet: Das Umweltziel in Bezug auf die Reduktion der Ammoniak-Emissionen in der Landwirtschaft von rund 40% auf 25'000 kt NH₃-N wird seit der erstmaligen Festlegung durch den Bundesrat 1999 nicht erfüllt. Mit ihren Beanstandungen lenken der Schweizerische Bauernverband und der Luzerner Bäuerinnen- und Bauernverband darum vom eigentlichen Problem der generell erhöhten Belastung von Ammoniak und von Phosphor bei einzelnen Seen ab. Gemäss Wissenschaft reichen alle technischen Massnahmen der Landwirtschaft nicht aus, um die Umweltziele zu erreichen. Die „«Akademien der Wissenschaften Schweiz» schreiben zur (sistierten) AP22+: «Sehr wichtig ist, dass das zum Grossteil ungelöste Problem der Stickstoffverluste verstärkt und gesamtheitlicher angegangen wird. D.h. es müssten insbesondere Massnahmen zur Reduktion der Tierbestände, sowie eines geringeren Konsums tierischer Produkte, der zwei Hauptursachen, umgesetzt werden. (...) In Anbetracht der hohen Tierdichte in der Schweiz (dritthöchste Viehdichte in Europa), der nach wie vor hohen und seit ca. 2000 gleichbleibenden Werte beim Phosphor und der Ammoniakbelastung, muss eine weitere Senkung der Tierbestände zwingend angestrebt werden.»

(Grafik N-Emissionen Schweiz: Relevant ist die rote Kurve NH₃-N-Landwirtschaft, vgl. pdf-Dokument im Anhang)

https://api.swiss-academies.ch/site/assets/files/3153/stellungnahme_akademien_schweiz_ap22.pdf, Seite 49)

¹⁰

Im Film wird gesagt, dass die Hochschule für Agrarwissenschaften (HAFL) für den Kanton Luzern berechnet hat, dass nebst technischen Massnahmen der Tierbestand um 40% reduziert werden müsste, um das Reduktionsziel von Ammoniak knapp zu erreichen: «Das von HAFL berechnete Szenarium mit der grössten Wirkung hätte eine Reduktion von 48 Prozent bis 2030 zur Folge. Es beinhaltet aufwändige technische Massnahmen (geschlossene Laufställe bei Milchkühen, Abluftreinigung mit Luftwäschern) und zudem eine Reduktion des Viehbestandes um 40 Prozent. Mit diesem „maximalen“ Szenario könnten die Stickstoff-Emissionen bis 2030 auf ein Niveau von 2'500 Tonnen gesenkt werden, lägen also immer noch 1'000 Tonnen über den critical loads (Grenzwerte, um Reduktionsziel zu erreichen). Weil die Veränderung des Tierbestandes von einem Teil der Begleitgruppe nicht als aktive Massnahme eingestuft wird, kommt dieses Szenario für die Begleitgruppe nicht in Frage.» (HAFL Berechnung, Seite 18)¹¹

¹⁰ https://api.swiss-academies.ch/site/assets/files/3153/stellungnahme_akademien_schweiz_ap22.pdf

¹¹ https://uwe.lu.ch/-/media/UWE/Dokumente/Themen/Luft/Ammoniak/BEI_BUWD_Massnahmenplan_Ammoniak.pdf

Auch beim Ammoniak-Problem macht der Film nicht die einzelnen Bauern verantwortlich; bei Timecode 43:05 wird explizit gesagt, dass Turi Arthur Rööslis alle technisch möglichen Massnahmen umgesetzt hat. Der DOK zeigt die Verantwortung der Politik und konfrontiert den zuständigen Regierungsrat Fabian Peter: Er sagt, die Reduktion des Tierbestandes sei im Luzerner Parlament nicht mehrheitsfähig.

Die zweite von der Wissenschaft empfohlene Massnahme wird zum Schluss des Films erwähnt: Zum Schutz der Umwelt sollte der Fleischkonsum gemäss landwirtschaftlicher Forschungsanstalt Agroscope um 70% verringert werden. Hier steht die Gesellschaft in der Verantwortung und nicht die Bauern, die, wie Arthur Rööslis im Film sagt, nur produzieren, was die Bevölkerung isst. Zahlreiche Kommentare auf Youtube zeigen, dass die Botschaft richtig verstanden und nicht zulasten der Bauern interpretiert wurde.

@ [REDACTED]

3 weeks ago

Grundsätzlich denke ich liegt dies einfach am günstigen Fleisch. Wenn Fleisch en Masse und günstig ist, dann verspeisen Herr und Frau Schweizer auch mehr Fleisch. Dies führt zu mehr Tierhaltung, mehr Phosphor und mehr Gestank. Die Bauern hätten auch etwas vom höheren Preis. Grössere Margen, mehr Investitionspotential, weniger Subventionen nötig. Und dem Tier geht es dabei wahrscheinlich auch besser, da es auf gleicher Fläche mit weniger Tieren mehr eigenen Freilauf haben kann. Fleisch ist ein grosser Luxus, der leider für viele zum Hintergedanken wurde. Es geht ja nicht darum heute auf Morgen gar kein Fleisch mehr zu essen. Aber wir müssen es wieder schätzen lernen, dass ein Tier sein Leben gibt, damit wir unsere Spare Rips auf den Grill legen können und den Konsum stark zurückschrauben. Mindestens um 75% bis 90%.

@ [REDACTED]

3 weeks ago

Schön, können wir bei jedem Einkauf wählen und so unsere Umwelt massgeblich mitgestalten. Herzlichen Dank für diesen gut recherchierten Beitrag!

@ [REDACTED]

3 weeks ago

Herr Rööslis weiss was er macht und zeigt die wahre Realität. Nicht Wir müssen ihn kritisieren, wir sollten uns alle zuerst an die eigene Nase nehmen.

@ [REDACTED]

5 days ago

Ich hoffe die Doku regt viele Menschen an, ihren Fleischkonsum zu reflektieren. Danke für den super Beitrag!

Auswahl Interviewpartner: Beim Verweis auf einen «nicht geeigneten Gesprächspartner» könnte es sich unserer Ansicht nach um den Fischereiaufseher beim Baldeggersee handeln, der vom Luzerner Landwirtschaftsamt entlohnt wird und sich nebst dem Fischer ohne entsprechende Anfrage der Journalistin telefonisch für Filmaufnahmen anbot. Dieses Interview wurde aber nie geführt.

Die Journalistin entschied, die Rolle und Verantwortung des Kantons Luzern im Interview mit dem zuständigen Regierungsrat Fabian Peter zu thematisieren. Die Programmautonomie gewährleistet, dass die Redaktion bei der Wahl der Interviewpartner:innen frei ist.

Wir verwehren uns gegen den Vorwurf, dass eine neutrale Beleuchtung der Situation fehlte. Die Gewichtung einzelner Aspekte ist im Rahmen der Programmautonomie grundsätzlich Sache des Veranstalters. Mit den Gesprächspartnern im Film decken wir alle Seiten des Problems ab. Der zuständige Regierungsrat kam ausführlich zu Wort und wurde mit den kritischen Punkten konfrontiert. Wir haben ihm die Abschrift seiner Aussagen vor der Ausstrahlung zugeschickt, was ohne Einwand verdankt wurde.

Positive Bemühungen der Landwirtschaft bleiben unerwähnt: Wir bedauern, dass sich gemäss Aussage der Beanstanderin viele Landwirtschaftsbetriebe frustriert fühlen. Angesichts des porträtierten Bauernbetriebs von Arthur Rösli als Vorreiter bei technischen Massnahmen ist das schwer zu verstehen. Wir verwehren uns gegen den Vorwurf, «Bemühungen der Bauernbetriebe systematisch unerwähnt zu lassen». Das Gegenteil ist der Fall: Am Beispiel des porträtierten Bauer Arthur Rösli zeigen wir den Aufwand, den er betreibt mit der Installation eines teuren Luftwäschers. Wir zeigen die Anwendung seines Schleppschuhs (eine weiter gehende Massnahme als der Schleppschlauch), der die Ammoniak-Emissionen um rund 50% reduziert, und wir zeigen, dass er sein Güllensilo abgedeckt hat. Der Kommentar hält fest, dass Arthur Rösli alle technisch möglichen Massnahmen ergriffen hat. Die Vorreiterrolle von Bauern wie Arthur Rösli wurde von den Zuschauenden sehr wohl verstanden und anerkannt, wie die positiven Kommentare auf Youtube zeigen. Entgegen den Aussagen der Beanstanderin steht ein typischer Vertreter der Landwirtschaft im Zentrum des Films und kommt breit zu Wort. Der Film räumt ausserdem dem schweizweit ersten Geruchsprojekt viel Platz ein.

Reaktionen auf YouTube:

@ [REDACTED]

3 weeks ago

Gute Doku, merci an Team SRF! Und Herr Rösli finde ich echt vorbildlich, denn die gezeigten Entscheidungen, die er traf waren nicht nur im Sinne des Portemonnaie, sondern gesellschaftlich förderlich und nach einer Wertvorstellung.

@ [REDACTED]

3 weeks ago (edited)

Herr Rösli ich bedanke mich herzlich für Ihr grosses Engagement! Ihre Einstellung, Ihre Werte und Ihr Handeln sind vorbildlich! Der Bauernverband hingegen, entschuldigen Sie bitte meine Wortwahl, widert mich regelrecht an. Das dabei immer wieder bewusst das Gesetz und der Wille des Volkes ignoriert wird lässt mich fassungslos zurück. Liebe Grüsse aus Schongau!

@ [REDACTED]

2 weeks ago

Danke viel Mal lieber Herr Rösli das sie sich kritisch und offen der Thematik gestellt haben. Und danke Karin Bauer für einen weiteren differenzierten, kritischen Reporter Dok zum Fleischkunsum. Es nehme mich noch wunder in welchem Menschen 6003 gelandet ist.

Verletzte Sachgerechtigkeit: Den Vorwurf der verletzten Sachgerechtigkeit weisen wir zurück: Es wurden alle Seiten angehört und die Fakten und Meinungen wurden darlegt, so dass die Zuschauenden sich frei eine eigene Meinung bilden können. Gemäss Rechtsprechung der UBI und des Bundesgerichts verlangt das Sachgerechtigkeitsgebot nicht, dass alle Sichtweisen qualitativ und quantitativ genau gleichwertig dargestellt werden. Diesbezüglich hat es Entscheide getroffen, welche die Wahrung der Medienfreiheit verstärken und präzisieren. Das Sachgerechtigkeitsgebot verlangt, dass sich das Publikum durch die in einer Sendung vermittelten Fakten und Meinungen ein möglichst zuverlässiges Bild über einen Sachverhalt oder ein Thema machen kann und damit in die Lage versetzt wird, sich eine eigene Meinung zu bilden. Fakten müssen objektiv und richtig vermittelt werden, subjektive Ansichten und Meinungen müssen für das Publikum als solche erkennbar und transparent sein. Ausgangspunkt der Prüfung ist stets die Wirkung der Publikation beim Publikum, wobei der Gesamteindruck entscheidend ist.

Die Erfordernisse der Sachgerechtigkeit sollen im Einzelfall nicht derart streng gehandhabt werden, dass für die demokratisch und pluralistische Gesellschaft erforderliche journalistische Freiheit und Spontaneität verloren gehen (BGE 137 I 340). Fehler in Nebenpunkten und redaktionelle Unvollkommenheiten, welche nicht geeignet sind, den Gesamteindruck der Ausstrahlung wesentlich zu beeinflussen, sind gemäss Rechtsprechung programmrechtlich nicht relevant.

Abschliessend möchten wir festhalten: Der Film ist inhaltlich korrekt und sachgerecht. Das Publikum kann sich anhand der dargelegten Fakten und Aussagen der Protagonistinnen und Protagonisten eine eigene Meinung zum Thema bilden.

1. Antwort auf die detaillierte Kritik des LBV aufgrund von Filmsequenzen.

Sequenz 2:09-2:30: Zu viel Gülle und Nährstoffbilanz

Sprecherin SRF: Seit wie vielen Jahren ist der Baldeggersee auf der Intensivstation?

Erwin Kramis: «Seit 40 Jahren. Es wird viel gegüllt, für mich ist das extrem.

Begründung LBV: Seit gut 20 Jahren sind nahezu alle Betriebe verpflichtet, eine ausgeglichene Nährstoffbilanz vorzuweisen (ÖLN-Anforderung). Somit darf nur so viel Dünger ausgebracht werden,

wie die Pflanzen aufnehmen können. Zudem müssen Betriebe im Einzugsgebiet der Mittellandseen die kantonale Phosphorverordnung umsetzen. Das bedeutet: Die Phosphorbedarfsdeckung beim Baldeggersee darf max. 80% und beim Sempacher- und Hallwilersee max. 90% betragen. Beispiel: Der Deckungsgrad der Phosphor-Bilanz aller Betriebe im Lippenrütibach (Neuenkirch) hat sich im Mittel von 150% (1992) auf 93% (2003) massiv reduziert.

Dass im Einzugsgebiet des Baldeggersees zu viel gegüllt wird, ist Erwin Kramis' (Mitarbeiter Seebelüftung) persönliche Meinung. Die Wissenschaft gibt ihm Recht: Gemäss landwirtschaftlicher Forschungsanstalt Agroscope und Gewässerchemie-Experte Bernhard Wehrli würde es rund 8-10 Jahre dauern, bis die überdüngten Böden im Seeinzugsgebiet saniert sind und die Seebelüftung abgestellt werden kann, wenn ab sofort keine Gülle mehr ausgebracht wird.

Bernhard Wehrli bezieht sich auf die Figur 58a-Grafik der Agroscope-Studie "Entwicklung der stark zur Phosphorbelastung des Baldeggersees beitragenden Flächen" auf Seite 97, weil rund 60% der Böden im Einzugsgebiet des Baldeggersees sehr stark belastet sind. Die (besser lesbare) Grafik mit durchschnittlicher Belastung ist auf Seite 98.

Die Nährstoffbilanzen reichen nicht, weil die meisten Böden rund um den Baldeggersee historisch mit Phosphor überdüngt sind. Nebst dem viel massiveren Güllen als heute (siehe Beispiel 150% der Beanstander) werden im Interview mit Turi Rööslis Vater bei 6:39 Gründe dafür genannt: Güllen über Schnee, Ausbringen von Klärschlamm; seit 1991 ist das verboten. Die überdüngten Böden müssen saniert werden. Das heisst: Es muss viel weniger Gülle und damit Phosphor ausgebracht werden, damit der Phosphor-Gehalt im Boden sinkt. Das Problem ist historisch und aktuell, weil jeder neue Gulletropfen auf den überdüngten Böden ein Problem ist. Das erklären Kommentar und Grafik ab 8:39.

Die Nährstoffbilanz ist bei 8:39 Thema, in dem gesagt wird, dass die Bauern rund um den Baldeggersee heutzutage gezwungen sind, weniger Gülle auszubringen. Damit ist die zwingende Phosphorbedarfsabdeckung von max. 80% beim Baldeggersee seit 2021 gemeint, die die Beanstander nennen. Die Agroscope-Grafik auf Seite 98 zeigt, dass es bei einer Phosphor-Ausbringung von 80% im Schnitt 30 Jahre dauert, bis die Böden saniert sein werden. Bernhard Wehrli bezieht sich bei 11:25 auf die Mehrheit der sehr stark überdüngten Böden (Grafik 58a, Seite 97) bei denen nicht abzusehen ist, wann bei einer Phosphorbedarfsabdeckung von 80% die Seebelüftung abgestellt werden kann. 150 Luzerner Bauern im Einzugsgebiet haben die verschärfte Phosphor-Regelung des Kantons übrigens vor Bundesgericht angefochten. Das spricht Regierungsrat Fabian Peter im Interview bei 26.30 an. Unsere Recherchen zeigen jetzt: Das Bundesgericht hat die Klage der Bauern bereits letzten August abgewiesen. Diesen Entscheid haben weder die Bauernverbände noch der Kanton Luzern publiziert.

https://relevancy.bger.ch/php/aza/http/index.php?highlight_docid=aza://31-08-2023-1C_583-2021&lang=de&zoom=&type=show_document

Im Gebiet des Baldeggersees genügt es nicht, die von den Beanstandern mehrfach erwähnte Nährstoffbilanz zu erfüllen. Das beweist die Grafik des Luzerner Umweltamts, die zeigt, dass die Phosphor-Einträge trotz Phosphor-Projekt ab 2000 mit der Regenmenge schwanken und in 20 Jahren nicht relevant zurück gegangen sind: Mit rund 4,5 Tonnen pro Jahr statt 2,2 Tonnen liegen sie 100% über dem Zielwert.

(Zustand Baldeggersee, Umweltamt Luzern, Seite 3,¹²)

Die Agroscope-Studie dokumentiert, dass die Nährstoffbilanz (Suisse-Bilanz) fehlerhaft ist und im Einzugsgebiet des Baldeggersees als Massnahme nicht ausreicht: „Die Suisse-Bilanz wurde von Bosshard et al. (2012) einer ausführlichen Überprüfung unterzogen. Einige der dort aufgezeigten Schwächen haben insbesondere für Regionen mit hohem Tierbesatz wie das Einzugsgebiet des Baldeggersees eine grosse Bedeutung.“ (Seite 109)
„Die Suisse-Bilanz hat methodische Schwächen. Ein buchhalterisch negativer P-Bilanzsaldo muss wegen verschiedener Abzugsmöglichkeiten und Unsicherheiten nicht zwingend zu einem realen P-Defizit und zu einer P-Abreicherung im Boden führen.“ (Seite 22)
„Falls die Suisse-Bilanz auf 80 % oder tiefer begrenzt werden soll, müssen Massnahmen zur Reduktion des Düngereinsatzes vorgeschlagen werden. Gegenwärtig scheint die Massnahme nur durch eine Reduktion der Tierzahl (Reduktion der DGVE -Dünger-grossvieheinheiten kb-pro Fläche) oder einer Erhöhung der Hofdünger-Exporte umsetzbar zu sein.“ (Seite 110)

¹² https://2seen.ch/wp-content/uploads/2023/06/Pr%C3%A4sentation-Zustand-Baldeggersee_uwe-Luzern.pdf

In der Agroscope-Studie von 2019 steht auch: Jährlich fallen im Gebiet des Baldeggersees rund 175 Tonnen Phosphor an. Rund 30 Tonnen werden jährlich aus dem Gebiet exportiert. Der Baldeggersee erträgt aber nur maximal 2,2 Tonnen Phosphor pro Jahr. Darum sagt Bernhard Wehrli bei 24:00, dass diese Mengen zu hoch sind, resp. dass das Risiko, dass der See bei starkem Regen überdüngt wird, zu gross ist. Darum hätten die Wissenschaftler schon vor 30 Jahren gefordert, dass die Tierbestände im Seeinzugsgebiet halbiert werden.

(Studie Agroscope, Seite. 13, 22, 97, 98, 109 und 110)¹³

Sequenz 5.35-6.03: Blaualgen

Die Aussage von Bernhard Wehrli, dass Blaualgen ein Zeichen von Überdüngung ist, ist falsch. Die Universität Zürich sowie die Universität Konstanz haben erforscht, dass Blaualgen zu den Cyanobakterien gehören. Diese traten weit vor der Intensivierung der Landwirtschaft, erstmals im 19. Jh. im Murtensee auf. Diese Blaualgen lieben laut Forscher nährstoffarme, lichtdurchflutete Gewässer. Solche Phänomene der Landwirtschaft insbesondere den Tierhaltern in die Schuhe zu schieben und dies von SRF ist nicht nachvollziehbar.

LBV-Präsident Markus Kretz hat Bernhard Wehrli bereits angeschrieben zu seiner Kritik bezüglich Blaualgen. Bernhard Wehrli (bis 2022 Professor für Aquatische Chemie am Departement Umweltwissenschaften der ETH) hat mit seiner Gruppe auch die Ökologie von Cyanobakterien erforscht. Er weist die Kritik zurück: Das massenhafte Auftreten von «Burgunderblutalgen» (Planktothrix) sei in der Tat ein Zeichen von Überdüngung. Wehrli: «Phosphoreinträge sind ein Vorteil für die Cyanobakterien, weil einige Arten Stickstoff fixieren können. Dies trifft auch beim Rückgang der Eutrophierung (Überdüngung) zu. Burgunderblutalgen wurden beim Anstieg der Überdüngung von Seen beobachtet, beim Maximum der Eutrophierung kamen sie kaum mehr vor, jetzt wo die Überdüngung zurück geht, tauchen sie wieder häufiger auf. Ihr Vorkommen ist also mit der Überdüngung verknüpft. In Voralpenseen, die im letzten Jahrhundert nicht überdüngt waren wie dem Brienzensee, dem Walensee oder dem Lago Maggiore, finden sich kaum Blüten von Burgunderblutalgen, obwohl der Klimawandel auch dort wirkt.»

Wir verwehren uns gegen den Vorwurf von LBV-Präsident Markus Kretz der vorverurteilenden einseitigen Berichterstattung (siehe unsere Hauptargumente). Es ist üblich, dass nicht alle gedrehten Szenen Einlass in einen Film finden. An der Delegiertenversammlung des Gemeindeverbandes Baldeggersee/Hallwilersee wurde vor allem die Bilanz der Seebelüftung und der Phosphor-Massnahmen von 2022 präsentiert. Im Schnittraum beschränkten wir uns angesichts der Filmlänge auf die Aufnahmen vor Ort am Baldeggersee mit den vielfältigen Aussagen des Fischers, des Wissenschaftlers, des Bauern und des zuständigen Regierungsrats. Noch eine Bemerkung zum Stehlunch: Es ist üblich, dass allgemeine Szenen mit Ton von einem Kamerteam eingefangen werden. Wenn jemand nicht gefilmt werden will, wird das selbstverständlich respektiert. Am Anlass hat sich aber niemand derart geäussert.

¹³ <https://ira.agroscope.ch/de-CH/publication/41029>

Sequenz: 8:45-9:35 Historisches Problem Gülle

"jeder neue Tropfen Gülle ist ein Problem... Wenn es nach dem Güllen regnet, gelangt der Phosphor vor allem über Drainagen in den Baldeggersee." und die Aussage "Darum muss der Baldeggersee seit 40 Jahren künstlich beatmet werden."

Begründung: Die Gülle ist ein wertvoller und vollwertiger Dünger mit vielen Mikronährstoffen. Durch das Ausbringen entsteht ein geschlossener Kreislauf, die Pflanzen haben einen Nährstoffbedarf. Die hohen P-Gehalte der Böden sind ein Problem. Dies sind aber grösstenteils Altlasten, welche sich nur langsam abbauen lassen. Die verbesserte landwirtschaftliche Praxis zeigt nur eine zeitlich stark verzögerte Wirkung. Im Dok wird es so dargestellt, dass nur die heutigen Einträge der Landwirtschaft für die Belüftung der Seen verantwortlich seien. Die Landwirtschaft ist mitverantwortlich, aber der viele Phosphor im Sediment gelangte grösstenteils viel früher vor der Intensivierung der Landwirtschaft in die Gewässer als Folge der Industrialisierung. Dies wird nie erwähnt. Denn z.B. die ARA Hochdorf wurde 1967 eingeführt, erst 1980 wurde die Abwassersanierung mit der ARA Moosmatten abgeschlossen.

Im Film wurde gesagt, dass im Hofdünger (Gülle) wertvolle Nährstoffe für Pflanzen sind (5:15). In der Masse aber ist Gülle schädlich für sensitive Oekosysteme wie den Baldeggersee. Der Nährstoffkreislauf ist nicht geschlossen, weil wegen dem hohen Tierbestand in Luzern sehr viel Kraftfutter aus dem Ausland importiert werden muss; dh diese Nährstoffe fehlen im Ausland. In der Schweiz wiederum muss die Gülle von tierreichen in tierarme Kantone verschoben werden, wie der Film bei 23:00 zeigt.

Die Kritik, der Film insinuiere, dass nur die heutigen Einträge der Landwirtschaft für die Belüftung des Sees verantwortlich seien, ist falsch. Die Problematik der Abwässer aus Industrie und Haushalten wird im Kommentar bei 6:20 erklärt. Die 1968 erstellte Abwasserreinigungsanlage (ARA) Hochdorf sieht man im Bild bei 6:27. Der Phosphor-Eintrag aus der Landwirtschaft und der Siedlungsentwässerung ist 1975-1976 ungefähr gleich hoch, wie die Grafik des Kantons Luzern zeigt. Seit Mitte der 1980er Jahre (seit die Seenbelüftung läuft) dominiert der Phosphor-Eintrag aus den landwirtschaftlichen Böden mit rund 80%, die Einträge aus der Siedlungsentwässerung machen nur noch rund 10% aus. Das heisst: Die ARA wirkt, das Phosphor-Projekt (weniger Gülle ausbringen) betrifft nur die Bauern. Genauso äussert sich auch der Kanton Luzern in der Antwort auf einen Vorstoss 2020: «Zu Beginn der Seebelüftung wurde mit dem Ausbau der Abwasserreinigungsanlagen und mit dem Verbot von Phosphat in Waschmitteln eine rasche Reduktion der Phosphoreinträge in die Seen erreicht. Reduktionen der Einträge aus den landwirtschaftlich genutzten Flächen benötigen viel mehr Zeit, da in diesen Böden grosse Vorräte an Phosphor eingelagert sind, die sich nur über Jahrzehnte abbauen lassen.»

In der Grafik bei 8:40 wird gesagt und gezeigt, dass die Böden vom massiven Güllen von früher übersättigt sind von Phosphor. Gründe dafür werden im Interview mit Turi Rööslis 81jährigem Vater angesprochen (Generation der 1960er Jahre, als das «Schweinevalley» entstand, siehe Grafik 12:35): Güllen über Schnee, Ausbringen von Klärschlamm. Im Kommentar wird bei 8:55 deutlich gesagt: «Die meisten Böden um den See sind vom massiven Güllen von früher übersättigt mit Phosphor.» Bei Regen löst sich Phosphor aus den übersättigten Böden und gelangt in den See. Auch Bernhard Wehrlis Aussage bei 11:40, dass es über 10 Jahre dauern würde, bis die Seebelüftung abgestellt werden könnte, wenn die Bauern gar keine Gülle mehr ausbringen würden, zeigt, dass die Altlasten das Hauptproblem sind.

Sequenz 9.43-10.26 Landwirtschaft nicht alleine schuldig

Thematik Felchen: Der Felchenbestand und die nicht mehr funktionierende natürliche Verjüngung..

Begründung: Ab 1905 begann die Industrialisierung von Hochdorf und die Einleitung von ungereinigten Abwässern aus Industrie und Siedlungen. 1940 folgte der Zusammenbruch des Felchenbestandes. In den Jahren 1956, 1961 und 1963 gab es drei grosse Fischsterben. Die Probleme bestanden offensichtlich schon vorher. Die Intensivierung der Landwirtschaft ab 1965 wirkte sicher nicht förderlich, sie wird im DOK aber als einzige Schuldige dargestellt.

Es ist nicht korrekt, dass der DOK die Landwirtschaft als einzige Schuldige darstellt, wie die Beanstander ausführen. Es wurde im Film bei 6:14 deutlich gesagt, dass die Überdüngung ursprünglich auch von Abwässern aus Industrie und Haushalten stammte. Danach aber wurde die ARA Hochdorf gebaut und das Phosphat im Waschmittel verboten. Gemäss Berechnungen des Umwelt- und Energieamts Luzern stammt seit Mitte der 1980er Jahren der Haupteintrag des Phosphors von den landwirtschaftlichen Flächen. Tatsache ist, dass die Felchen sich trotz künstlicher Belüftung auch heute noch nicht natürlich verlaichen können.

Sequenz 11.30-12.05 Phosphor-Konzentration vs Phosphor-Eintrag

Sprecherin: Angenommen die Landwirte würden ab jetzt gar nicht mehr güllen. Wie lange würde es gehen, bis der See wieder gesund wäre und die Seebelüftung abgestellt werden könnte?

Bernhard Wehrli: «Es würde, wenn man es clever macht, mehr als 10 Jahre dauern. Wenn man es Larifahri macht, geht es 20-30 Jahre. So wie man jetzt wirtschaftet ist es fast unabsehbar.»

Begründung: Hier werden Fakten miteinander vermischt. Im Jahr 2021 wurden 18 mg Phosphor pro Kubikmeter gemessen, der Zielwert liegt bei 15 mg P/m³. Die heutigen P-Einträge sind auf einem tiefen Niveau, müssen aber weiter gesenkt werden, denn sie tragen zur sogenannten «Primärproduktion» der Algen bei, welche beim Absterben zur Sauerstoffzehrung führen. Die Sedimente am Seegrund (Altlasten aus früheren Zeiten) zehren den restlichen vorhandenen Sauerstoff für ihren Abbau. Das heisst, auch wenn theoretisch 0 mg P/m³ im Seewasser wären, würde es viele Jahre dauern, bis sich die Altlasten aus früheren Jahren komplett abgebaut hätten. Hier trägt die gesamte Gesellschaft die Verantwortung.

Hier wurden -entgegen der Aussage der Beanstander- keine Fakten vermischt: Die Journalistin fragt nach dem Zeitpunkt, an dem die Seebelüftung abgestellt werden könnte, wenn die Bauern ab sofort nicht mehr Gülle ausbringen würden. Die Frage bezieht sich auf die Phosphor-Frachten aus den überdüngten Böden, die seit Mitte der 1980er Jahre den Haupteintrag in den Baldeggersee ausmachen. Gewässerchemie-Experte Bernhard Wehrli bezieht sich in seiner Antwort auf die Berechnungen der landwirtschaftlichen Forschungsanstalt Agroscope. Gemäss deren Studie «Evaluation der stark zur Phosphorbelastung des Baldeggersees beitragenden Flächen» dauert es, wenn die Bauern gar keine Gülle mehr ausbringen würden, rund 10 Jahre, bis die stark überdüngten Böden im Einzugsgebiet saniert wären und die Seebelüftung abgestellt werden könnte. Die Phosphor-Frachten, die aus den überdüngten Böden in den See gelangen, wirken sich auf die Phosphor-Konzentration im See aus. Wenn die Frachten aus den landwirtschaftlich genutzten Böden halbiert werden, wird auch der Zielwert von 15mg P/m³ unterschritten. Wenn dieses Sanierungsziel erreicht ist, kann die künstliche Seebelüftung gemäss der Wissenschaft abgestellt werden. Bernhard Wehrli sagt: «Die Seebelüftung war nie darauf ausgerichtet, alle Altlasten im Sediment abzubauen, wie die Beanstander fälschlicherweise sagen». Im Gegenteil: Bereits 1996 haben er und seine Forscherkollegen empfohlen,

schrittweise aus der Seebelüftung auszusteigen, sobald das Sanierungsziel beim Phosphor erreicht ist. Das steht in der Eawag-Studie «10 Jahre Seebelüftung»: «In allen Seen soll die P-Belastung mindestens so weit verringert werden, dass das Qualitätsziel 'mesotropher Zustand' und als Folge davon eine Sauerstoffkonzentration von $02 > 4 \text{ mg/m}^3$ in der Regel auch ohne see-interne Stützmassnahmen eingehalten werden kann. Der Reduktion des P-Austrages aus landwirtschaftlicher Nutzfläche ist dabei erste Priorität einzuräumen».

«Im Falle des Sempacher- Baldegger- und Hallwilersees muss sich die Ursachenbekämpfung auf die Reduktion der P-Belastung aus landwirtschaftlichen Nutzflächen konzentrieren. Eine zeitlich begrenzte Weiterführung der Seebelüftung lässt sich rechtfertigen, wenn ein verbindliches Konzept vorliegt, wie und mit welchen Mitteln der P-Eintrag in naher Zukunft auf die kritische Belastung reduziert werden kann».

(Eawag-Studie «Zehn Jahre Seebelüftung» 1996: Seiten 115 und 116)¹⁴

Sequenz 13:00 bis 13:20: Vergleich Umsatz Schweine-Industrie und Seesaniierungskosten
«Wirtschaftlicher Erfolg auf Kosten der Umwelt. Seit 40 Jahren müssen 3 Seen künstlich belüftet werden. Rund 130 Steuermillionen kostete die Belüftung bis heute.»

Begründung: Dass die drei Seen seit 40 Jahren belüftet werden müssen, ist nicht die alleinige Schuld der Landwirtschaft. Dank besserer Abwasserreinigung, Phosphor-Verbot in Waschmitteln und strengerer Massnahmen in der Landwirtschaft konnten die P-Gehalte im Seewasser extrem gesenkt werden. Die Kosten der 130 Steuermillionen haben die drei genannten Verursacher gemeinsam zu verantworten und haben nichts mit wirtschaftlichem Erfolg der Landwirtschaft zu tun.

Wichtig ist auch, dass damals nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt wurde und die Forschung nicht annähernd auf dem gleichen Stand war wie heute. Es wird so dargestellt, dass die Landwirtschaft nur von Steuergeldern profitieren möchte.

Entgegen der Ausführung der Beanstandenden sagt der DOK-Film nicht, dass die Landwirtschaft die alleinige Ursache für die Belüftung der drei Seen ist. Die Industrie und die Haushalte werden als weitere Quellen genannt. Wie die Beanstandenden schreiben, zeigte der DOK bei 6:14 die mindernden Massnahmen im Bereich Industrie und Haushalte: 1967 wurde die ARA Hochdorf gebaut, 1986 wurde Phosphat in Waschmitteln verboten. Mit dem Phosphor-Projekt ging die Konzentration im See ab 2000 auch durch die Landwirtschaft zurück – allerdings noch zu wenig. Tatsache ist, dass seit Mitte der 1980er Jahre rund 80% der Phosphor-Einträge von den landwirtschaftlichen Böden beim Baldeggersee stammt (siehe Bericht Umweltamt Luzern). Zwischen 1982 und 1986 wurde die Seebelüftung in den drei Mittellandseen gestartet. Wir finden es darum korrekt, den wirtschaftlichen Erfolg und die Arbeitsplätze des «Schweinevalleys» bei den Mittellandseen mit den Kosten der steuerfinanzierten Seesaniierung zu vergleichen. Dabei geht es nicht nur um die Landwirtschaft, sondern vor allem auch um die vor- und nachgelagerte Industrie mit Futtermühlen, Stallbauern, Metzgereien, Gülle- und Schweinetransporteurern wie Grafik und Kommentar bei 12:32 sagen. Der zuständige Regierungsrat sagt im Interview, dass er das Gewässerschutzgesetz nicht vollziehen und den Tierbestand nicht reduzieren will, um bäuerliche Existenzen nicht zu gefährden.

Im Buch «Dem Sempachersee kommt die Gülle hoch», schreibt Umwelthistorikerin Bettina Scharer 2010: «In den seit rund 30 Jahren laufenden Bemühungen, Lösungen bezüglich des Seesterbens- und der Überdüngungsproblematik zu finden, spiegelt sich ein Teil der schweizerischen Umweltpolitik- und Agrargeschichte wider. Dabei kann festgestellt werden,

¹⁴ <https://www.dora.lib4ri.ch/eawag/islandora/object/eawag%3A10814/datastream/PDF/Wehrli-1996-Zehn%20Jahre%20Seenbel%C3%BCftung-%28published%20version%29.pdf>

dass der fundamentale Konflikt zwischen konventionellem Wirtschaftswachstum und den Anliegen des Umweltschutzes im Sinne des Bestrebens, ein nachhaltiges Ressourcenmanagement zum Bestandteil der ökonomischen Politik werden zu lassen, nicht aufgelöst werden konnte. Die Anliegen des Gewässerschutzes tangierten von Anfang an die sozioökonomischen Interessen der Landwirtschaft (...) (Seite 228)

Sequenz 13.27-13.41: Reduktion Tierzahlen

«Im Einzugsgebiet des Baldeggersees dürften nur halb so viel Tiere sein, wie es heute sind, höchstens halb so viel. Das weiss man seit 30 Jahren.»

Begründung: Gemäss dem Agroscope-Schlussbericht eignet sich die Begrenzung der Tierzahlen nur wenig zur Regelung des P-Inputs. Zudem ist das Hauptproblem die bestehenden Altlasten am Seegrund. Der P-Gehalt im See ist heute äusserst nahe am Zielwert von 15 mg/m³ (18. mg/m³ im Jahr 2021). Wir sind auf den letzten Meter im Marathon, diese sind bekanntlich die schwersten.

Der Beanstander sagt, dass sich gemäss Agroscope-Bericht die Reduktion der Tierzahlen nur wenig zur Regelung des P-Inputs eignet. Das ist falsch. Der Bericht relativiert nur, dass nicht allein auf eine Reduktion der Tierzahl abgestellt werden sollte, sondern auf eine Reduktion der sog. Düngergrossvieheinheiten (DGVE), dh einer normierten Einheit: Eine DGVE entspricht dem durchschnittlichen jährlichen Anfall von Gülle und Mist einer 600 kg schweren Kuh. Agroscope schreibt: Die Reduktion der Tierzahlen resp DGVE allein reiche nicht aus, um den Zielwert bei der Phosphor-Fracht (P-Fracht) zu erreichen. Es braucht im Gegenteil ein Bündel von Massnahmen, dazu gehört ein grösserer Export von Hofdünger (Gülle) und eine extensivere Bewirtschaftung der Flächen. Schlussendlich geht es um eine Verschärfung der Nährstoffbilanz (Suisse Bilanz). Bei der Reduktion der DGVE sieht Agroscope ein «grosses Potential» bei der Verschärfung der Suisse-Bilanz (Nährstoffbilanz) ebenso (Seite 114).

Die Phosphor-Konzentration im See wurde stark reduziert durch diverse Massnahmen wie im Film berichtet: Bau einer Abwasserreinigungsanlage, Verbot von Phosphat im Waschmittel, Verbot zB von Güllen über Schnee. Aber gemäss Bericht von Agroscope sind heutzutage die Phosphor-Frachten aus den überdüngten Böden das Hauptproblem. Und die bisherigen Massnahmen reichen nicht aus, um diese Frachten auf den Zielwert von 2,2 Tonnen pro Jahr zu senken. Das steht bereits im ersten Satz des Agroscope-Berichts von 2019: „Die Phosphor-(P)einträge in den Baldeggersee sind nach wie vor zu hoch. Die mittlere tolerierbare algenwirksame P-Fracht in den Baldeggersee beträgt 2'200 kg P/Jahr, die aktuellen P-Einträge (2012 - 2016) liegen bei 3'888 kg P/Jahr.“ (Seite 5)

Agroscope-Bericht Seite 113:

„Die bisherigen Massnahmen reichen nicht aus, um die P-Fracht auf den angestrebten Zielwert zu reduzieren. Viele der Massnahmen im aktuellen Seevertrag (gemeint ist das Phosphorprojekt, Anmerkung Karin Bauer) sind jedoch eine wertvolle Grundvoraussetzung für reduzierte P-Einträge aus der Landwirtschaft in die Gewässer. Wir empfehlen deshalb dringend, die bisherigen Massnahmen beizubehalten, jedoch weitere Massnahmen zur Reduktion der P-Einträge einzuführen. Die vorgeschlagenen Massnahmen in der Landwirtschaft sind als Alternativen zu verstehen. Die Erhöhung der Hofdünger-Exporte, die Reduktion von Tierzahlen und die Extensivierung beitragender Flächen sind alle eng mit den Nährstoffbilanzen verbunden und sind daher nicht separat zu betrachten. Eine Regelung ist aus Sicht des Vollzugs deshalb am ehesten über Nährstoffbilanzen sinnvoll. Umgekehrt sind weitere P-Reduktionen bei den Nährstoffbilanzen im Gebiet nur über eine Erhöhung der Hofdünger-Exporte, Reduktionen bei den DGVE und/oder eine Extensivierung zu erreichen.“

(Beilage: Agroscope-Bericht "Evaluation der stark zur Phosphorbelastung des Baldeggersees beitragenden Flächen", Seiten 5 und 113)

Sequenz 19:54 bis 21:55: Futtermittelimporte

Begründung: In allen tierischen Bereichen sind heute Importe von tierischen Lebensmitteln nötig. Durch höhere Fleischimporte werden die Emissionen ausgelagert und das Tierwohl würde leiden.

Die Selbstversorgungsgrade liegen bei: Kalbfleisch: 96% Rindfleisch: 84% Schweinefleisch: 94%

Schafffleisch: 46% Geflügel: 59% Milch und Milchprodukte: 107%. Solche Fakten wurden nie erwähnt.

Zudem gibt es Betriebe, welche auf Nährstoffzufuhren angewiesen sind, da sie selbst keine Tiere halten. Wichtig ist auch, dass alle verkauften Nahrungsmittel den Nährstoffkreislauf der Landwirtschaft verlassen. Der nährstoffhaltige Klärschlamm wird verbrannt, der Phosphor somit dem Kreislauf entzogen. Besonders hier wurde viel negativ dargestellt und nicht gezeigt, was wäre, wenn wir die Produktion nicht bei uns hätten.

Der angeführte «Selbstversorgungsgrad» ist trügerisch: Der Film zeigt ja gerade, dass 60% des Kraftfutters für Schweine importiert werden müssen. Insgesamt beträgt der Kraftfutterimport für die Nutztiere 55% gemäss der ZHAW-Futtermittelstudie. Ausserdem ist der Markt abgeschottet, die Schweizer Bauern werden durch hohe Zölle für Fleischimporte geschützt. Entgegen der Kritik des Beanstander zeigen wir mehrere Argumente von Bauer Arthur Rösli, die erklären, warum er die Futtermittelimporte nicht negativ bewertet: Er spricht von «Schweizer Fleisch», weil seine Tiere in der Schweiz geboren werden und das Fleisch in der Schweiz nach hohen Standards produziert wird. Er begründet sein Geschäft mit der Nachfrage nach Schweizer Fleisch. Er erklärt, dass er die Auslagerung der Fleischproduktion ins Ausland falsch fände, weil die Schweizer Bauern dann zu Landschaftsgärtnern verkommen würden. Dass Gülle von Betrieben mit einem Nährstoffüberschuss zu anderen ohne Tiere geführt wird, wird im Film-Kommentar gesagt.

Ob durch höhere Fleischimporte das Tierwohl leiden und Emissionen ausgelagert würden, ist disputabel, da sich der Import auf Tierwohlfleisch beschränken könnte und es laut Experten besser ist, Tiere auf der vorhandenen Fläche standortgerecht zu produzieren - für die Schweiz würde das Graslandwirtschaft mit Rindern bedeuten, siehe Artikel "Grasland Schweiz im Milchregal" des Portals "Lebensmittelindustrie".

Ein Film kann nie alle Fakten abdecken, sonst hätten wir auch sagen müssen, dass es 2022 eine massive Überproduktion beim Schweinefleisch gab, die dazu führte, dass ein Teil des überschüssigen Fleisches auf Steuerkosten eingelagert werden musste.

Die Schlussfolgerung des Films gemäss Berechnungen der Forschungsanstalt Agroscope ist: 70% weniger Konsum von Fleisch, um die Natur zu schützen – in der Schweiz wie im Ausland.

Der Kommentar sagt sehr wohl, dass die überschüssige Gülle der Tierhalter im Kanton Luzern zu Bauern geht, die keine Tiere halten. Die Fakten, dass der massive Futtermittelimport dazu führt, dass die Nährstoffkreisläufe nicht geschlossen sind und zur Überdüngung von mehreren kleinen Seen und Wäldern führen, erwähnen die Beanstander nicht.

(Futtermittelstudie ZHAW, Seite 14, Artikel "Grasland Schweiz im Milchregal")¹⁵

Sequenz 23:40 bis 24:27: Güllen-Export

Bernhard Wehrli: «Gegenwärtig ist der Import von Futtermittel der wichtigste Faktor, welcher den See im schlechten Zustand hält. Mit den Futtermitteln wird eine Überdüngung der Gewässer importiert.»

Begründung: Die LandwirtInnen sind bei einer Futtermittelzufuhr für eine Import-Export-Bilanz verpflichtet. Die Nährstoffbilanz und die zusätzlichen Einschränkungen durch das Phosphorprojekt werden eingehalten. Somit führt der Import von Futtermittel nicht zur Überdüngung, die Nährstoffe werden ja in nährstoffarme Gebiete der Schweiz verschoben. Wieso wird dies nie erwähnt?

Entgegen der Kritik der Beanstander äussert sich der Gewässerchemie-Experte genau zu diesem Punkt: Die Reporterin konfrontiert Bernhard Wehrli bei 23:53 damit, dass die überschüssige Gülle aus dem Gebiet weggeführt wird. Damit ist die angesprochene Nährstoffbilanz gemeint, die jeder Bauer erfüllen muss. Bernhard Wehrli entgegnet, das Risiko, dass der See überdüngt werde, sei trotz eingehaltener Nährstoffbilanz zu gross, weil angesichts der Güllemenge im Einzugsgebiet des Baldeggersees zu wenig Puffer bestehe. Wehrli bezieht sich auf die Agroscope-Studie: Der Gülleumsatz rund um den Baldeggersee beträgt rund 175 Tonnen Phosphor pro Jahr, aus dem Gebiet geführt werden rund 30 Tonnen pro Jahr. In den See gelangen dürfen aber nur maximal 2,2 Tonnen pro Jahr. Die Phosphorbilanz über die Böden im Einzugsgebiet lasse sich nicht genau messen, meint Wehrli. Bei grösseren Regenmengen gelange zu viel Phosphor in den See. Die kantonalen Berechnungen des Phosphor-Eintrags in den See der letzten 20 Jahre belegen die Schwankungen aufgrund der Regenmenge und zeigen, dass der Phosphor-Eintrag nicht relevant abgenommen hat.

Sequenz 25:00 bis 25:46: Phosphor-Frachten trotz Phosphor-Projekt nicht reduziert/Kritik an Retentionsweiher und Streifenfrässaat

Sprecherin SRF: Bis jetzt hat das P-Projekt am Baldeggersee 36 Mio. Steuergeld gekostet.

Wehrli: «Aber man sieht keine Abnahme, das wäre das Ziel gewesen.»

Sprecherin: «Schlimmer noch, 22 Mio., also 60%, seien gar nicht in die Gesundheit des Sees investiert worden.»

Begründung: Im SRF-DOK war nicht klar, von welcher Abnahme gesprochen wurde. Dies dürfte man erwarten! Durch Massnahmen in der Landwirtschaft, in der Industrie wie auch bei der Siedlungsentwässerung konnte der Phosphorgehalt von 520mg P/m³ im Jahr 1975 auf 18mg P/m³ im Jahr 2021 gesenkt werden. Sehr wohl konnten massive Abnahmen erzielt werden. Ein Problem sind die Sauerstoffverhältnisse im See. Die gesetzliche Anforderung von 4 mg/L kann trotz Belüftung nur in Ausnahmejahren erreicht werden. Mit dem Klimawandel werden die Temperaturen immer wärmer und die Durchmischung setzt später ein. Die natürliche Durchmischung des Sees im Winter ist somit geringer und der See nimmt weniger Sauerstoff auf.

An dieser Stelle sprach der Kommentar vom Phosphor-Projekt: Bauern bekommen Steuergelder, wenn sie weniger Gülle ausbringen. Demzufolge meint Bernhard Wehrli, dass die Phosphor-Einträge in den See während des subventionierten Phosphor-Projekts nicht

¹⁵ https://digitalcollection.zhaw.ch/bitstream/11475/21943/3/2021_Baur_Schweizer%20Futtermittelimporte_ZHAW.pdf
<https://www.lebensmittelindustrie.com/produktion/grasland-schweiz-im-milchregal#:~:text=Eine%20konsequente%20Ausrichtung%20auf%20die,ist%20die%20Sortimentsgestaltung%20der%20Grossverteiler.>

abgenommen haben. Das ist den Beanstandern bestimmt klar, weil sie wissen, dass das Phosphor-Projekt beim Baldeggersee erst im Jahr 2000 startete. Das Luzerner Umwelt- und Energieamt schreibt: «Der Phosphoreintrag in den Baldeggersee betrug im Jahr 2021 4.8 Tonnen. Damit wurde der Zielwert von 2.2 Tonnen deutlich überschritten. Grund war die hohe Niederschlagsmenge im 2021. Im Mittel der letzten 5 Jahre gelangten 3.1 Tonnen Phosphor pro Jahr in den Baldeggersee. Der überwiegende Anteil der Phosphorfrachten in den Baldeggersee stammt von den landwirtschaftlich genutzten Flächen. Er muss weiter reduziert werden.» Weil die Phosphor-Einträge von der Regenmenge abhängen und weil die bisherigen freiwilligen Phosphorprojekte den P-Eintrag zu wenig stark verminderten, gibt es seit 2000 keinen deutlich abnehmenden Trend.

Zu den Gründen der starken Senkung der Phosphor-Konzentration seit den 1970er Jahren schrieb der Kanton Luzern in einer Antwort auf einen Vorstoss im Kantonsrat 2020: «Zu Beginn der Seebelüftung wurde mit dem Ausbau der Abwasserreinigungsanlagen und mit dem Verbot von Phosphat in Waschmitteln eine rasche Reduktion der Phosphoreinträge in die Seen erreicht. Reduktionen der Einträge aus den landwirtschaftlich genutzten Flächen benötigen viel mehr Zeit, da in diesen Böden grosse Vorräte an Phosphor eingelagert sind, die sich nur über Jahrzehnte abbauen lassen.» (Siehe Vorstoss-Antwort bei allg. Begründung)

Die Eawag, das Wasserforschungsinstitut der ETH, schrieb schon 1996: „Im Zeitraum 1975 bis 85 erreichte der Phosphorgehalt in fast allen Seen der Schweiz ein Maximum. Seither nehmen die Konzentrationen dank erweiterter Abwasserreinigung, Bau von Ring- und Gabelleitungen und dem Verbot von Phosphat in Waschmitteln (1986) laufend ab. Diese Massnahmen verminderten vor allem die abwasserbürtige P-Belastung der Gewässer; die Anstrengungen in der Landwirtschaft waren weniger erfolgreich. Die hohe Nährstoffbelastung von Böden zeigt sich am zunehmenden Anteil der bodenbürtigen P-Einträge und an den steigenden Stickstoffkonzentrationen der Gewässer. Hier liegen die Herausforderungen für die Zukunft: Konkret muss der Phosphor-Eintrag in die drei Mittellandseen mindestens halbiert werden, um das gesteckte Ziel des „mittleren Algenwachstums im See“ zu erreichen“. Beim Baldeggersee gilt das heute noch.

Solange die Phosphor-Einträge in den See aber nicht halbiert werden, wird der See weder gesund noch wird die gesetzliche Anforderung von 4mg/L Sauerstoff im See erreicht. Weil die Landwirtschaft seit Mitte der 1980er Jahre die Hauptverursacher für die Phosphor-Einträge ist, betrifft das Phosphor-Projekt nur die Bauern. Seit 2021 sind die Bauern im Einzugsgebiet des Baldeggersees gezwungen, weniger zu güllen. Konkret dürfen sie maximal 80% der Phosphorabdeckung ausbringen und die Aufstockung von Tieren ist seither verboten. Mit dieser verschärften Massnahme versucht der Kanton zur Gesundung des Sees beizutragen. Aber wie der Regierungsrat im Interview ausführt, haben Bauern dagegen Rekurs eingereicht. Und dass obwohl Bauernvertreter in einer Arbeitsgruppe mit dem Kanton und Umweltverbänden mit diesem ausgehandelten Kompromiss einverstanden waren.

Das Bundesgericht hat die Beschwerde der Bauern letzten August abgewiesen. Im Urteil wird mehrfach der Fachartikel «Sauerstoffzehrung in Seen» erwähnt. Dort steht in der Zusammenfassung: «Da die Klärung von häuslichen Abwässern in der Schweiz flächendeckend gewährleistet ist, liegt der Handlungsbedarf heute hauptsächlich bei der Landwirtschaft. Um die gesetzlichen Vorgaben nachhaltig und damit langfristig einzuhalten bzw. zu erreichen, muss im Einzugsgebiet von Seen die P-Fracht auf die seeverträgliche Menge gesenkt werden. Nährstoffkreisläufe müssen geschlossen, P-Vorräte in überdüngten Böden abgebaut und die Anwendung von Düngern reduziert werden.»

(Jahresbericht der Mittellandseen 2022, Seite 4)¹⁶(Fachartikel Aqua&Gas Nr 7/8, 2020, Seite 69)¹⁷

Massnahmen wie Retentionsweiher und Streifenfrässaat: Es stimmt nicht, dass diese Massnahmen von der Forschung als Massnahmen zur Reduktion der Phosphoreinträge vorgeschlagen wurden. Gewässerchemie-Experte Bernhard Wehrli verweist auf Pilotstudien, die gezeigt haben, dass diese Massnahmen nicht zur Gesundung des Sees beitragen. Ein genau untersuchter Retentionsweiher konnte nur 2% der Phosphorfracht zurückhalten. (Quelle: Reinhardt et al 2005.)

Massnahmen, welche die Bodenerosion vermindern, wie Direktsaat oder Streifenfrässaat, reduzieren bloss den Eintrag von partikulärem Phosphor, welcher jedoch nicht fürs Algenwachstum verantwortlich ist. In einem Bericht zur Seesanieung hat die Eawag schon 1996 nachgewiesen, dass hauptsächlich der gelöste Phosphor das Algenwachstum steuert. Dasselbe steht auch im Agroscope-Bericht von 2019: «Partikuläre P-Einträge, wie z.B. über Bodenerosion, zählen nicht zu den algenwirksamen P-Einträgen. Nur die gelösten, bodenbürtigen P-Einträge werden im vorliegenden Bericht detailliert analysiert.»

(Agroscope-Bericht, Seite 16¹⁸, Wehrli et al. 10 Jahre Seenbelueftung – Erfahrungen und Optionen. Eawag, 1996)¹⁹

Sequenz 25:45 bis 25:57 Aufstockung beim Baldeggersee

Grund der Beanstandung: Wachstum vor allem durch Hühner

- Aber: Ein Huhn kann im Kontext Gülle nicht mit z.B. einer Kuh verglichen werden
1 Kuh = 1 GVE 1 Huhn = 0.01 GVE = 100 Legehennen = 1 GVE. 1 Mastpoulet: 0.004 GVE = 250 Poulets = 1 GVE Aussage SRF ist zwar korrekt, vermittelt aber falsches Bild und schwer nachzuvollziehen

Tatsächlich wird zwischen der Kopfzahl der Tiere und den sogenannten Grossvieheinheiten (GVE) unterschieden. Gemäss Bundesamt für Statistik ist im Einzugsgebiet des Baldeggersees aber nicht nur die Tierzahl während dem subventionierten Phosphor-Projekt von 2000-2022 um 70% gestiegen (bei Geflügel eine Verdoppelung, bei Schweinen eine Zunahme um fast 20%). Auch die GVE-Zahl ist gestiegen - um fast 5%. In absoluten Zahlen entspricht die GVE-Zunahme einer Zunahme von 695 GVE also 695 Kühen. Bei einer durchschnittlichen Nährstoffausscheidung von 15kg Phosphor pro Kuh (Milchkuh 600kg/Quelle: Tierstandsbegrenzungen in der Schweiz, BLV) ergibt das jährlich rund 10 Tonnen zusätzlichen Phosphor. Das ist relevant, weil die Böden im Einzugsgebiet des Baldeggersees historisch überdüngt sind und darum jedes neue Tier eines zu viel ist. Darum spielt die Tierart im Filmkommentar keine Rolle. Und genau darum gilt seit 2021 auch ein Aufstockungsverbot für alle Tierarten, Das Aufstockungsverbot wird von RR Fabian Peter im Interview erwähnt. Allerdings haben die Bauern das Aufstockungsverbot (und den Zwang, weniger Gülle auszubringen) gerichtlich angefochten. Wie bereits ausgeführt hat das Bundesgericht die Beschwerde der Bauern im August 2023 abgewiesen.

¹⁶ https://sempachersee.ch/wp-content/uploads/2023/08/20230411_Jahresbericht_ASSAN_2022-1.pdf

¹⁷ https://www.dora.lib4ri.ch/eawag/islandora/object/eawag%3A21032/datastream/PDF/Kiefer-2020-Sauerstoffzehrung_in_Seen-%28published_version%29.pdf

¹⁸ <https://ira.agroscope.ch/de-CH/publication/41029>

¹⁹ https://www.dora.lib4ri.ch/eawag/islandora/object/eawag%3A10814/datastream/PDF/Wehrli-1996-Zehn_Jahre_Seenbel%C3%BCftung-%28published_version%29.pdf

(Berechnungen des Statistikamts Luzern und DGVE/GVE-Vergleich des BLV «Tierbestandesbegrenzungen», Seite 3, siehe Anhang pdf-Dokument Tierbestandesbegrenzungen BLV, und pdf-Dokument Tierzahlen GVE)

Sequenz 37.48-40.25 Ammoniak-Minderungen

Begründung: Die Landwirtschaft ist für 94% der Ammoniakemissionen verantwortlich. Zwischen 1990 und 2020 nahmen die landwirtschaftlichen Emissionen aber um 22% ab. Die gesamte Branche bemüht sich mit verschiedenen kostenintensiven Massnahmen, die Emissionen zu senken:

- NPR-Fütterung
- Emissionsmindernde Stallsysteme
- Abdeckung der Hofdüngerlager
- Emissionsmindernde Gülleausbringung

Somit entstehen für die Landwirtschaft bis 2030 Investitionen von gut 100 Millionen Franken!

Zudem laufen Forschungsprojekte wie das Ressourcenprojekt Ammoniak und Geruch Zentralschweiz, welches zukunftssträchtige emissionsarme und tierfreundliche Ställe zum Ziel hat.

In dieser Sequenz sagt Biologin Sabine Braun, dass sich Fichten einseitig ernähren, wenn zu viel Gülle-Ammoniak vorhanden ist. Es ging also nicht um die Abnahme der landwirtschaftlichen Emissionen. Tatsächlich sind sie von 1990-2000 gesunken, weil der Tierbestand in dieser Zeit abgenommen hat (Rindvieh um 18%, Schweine um 28%). Seither aber sanken die Ammoniak-Emissionen kaum mehr, sie stagnieren 40% über dem Umweltziel. Der DOK zeigt die Bemühungen von Turi Rööslis, die Ammoniak-Emissionen zu senken als Vorreiter seiner Branche mit Schleppschuh und einem neuen Luftwäscher. Turi Rööslis hat sich auch im Ressourcenprojekt «Ammoniak und Geruch» engagiert. Die Geschichte des schweizweit ersten Ressourcenprojekts zum Thema Geruch in Rööslis Gemeinde Hohenrain wird ebenfalls im Film dokumentiert.

Sequenz 43:05 bis 43:47:

Sprecherin SRF: Arthur Rööslis macht, was technisch möglich ist. Würde es reichen, wenn alle Bauern auf diesem Stand wären? Sabine Braun: «Es reicht nicht, weil es wird immer noch sehr viel Stickstoff in Form von Kraftfutter importiert, dieser bleibt im System. Man müsste die Viehbestände reduzieren.»

Begründung: Hofdünger sind keine Abfälle, sondern wertvolle Rohstoffe, die für die Pflanzenproduktion genutzt werden. Sie sind für geschlossene Nährstoffkreisläufe und damit auch für den Biolandbau sehr wichtig. Durch die Nährstoffbilanz werden regionale Nährstoffüberschüsse vermieden. Eine Reduktion der Tierbestände ist nicht nachhaltig und zielführend. In allen tierischen Bereichen sind heute Importe von tierischen Lebensmitteln nötig. Durch höhere Fleischimporte werden die Emissionen ausgelagert und das Tierwohl würde leiden. Wichtig ist auch, dass alle verkauften Nahrungsmittel den Nährstoffkreislauf der Landwirtschaft verlassen. Der nährstoffhaltige Klärschlamm wird verbrannt, die Nährstoffe somit dem Kreislauf entzogen.

Die Beanstander argumentieren am Problem vorbei: Mit dem Futterimport sind die Nährstoffkreisläufe nicht geschlossen. Die importierten Nährstoffe fehlen vielmehr dem Ausland und im Inland entsteht an Orten mit intensiver Tiermast wie im Kanton Luzern ein Überangebot an Gülle. Im Schweizer Wald werden die Stickstoff-Grenzwerte seit über 60 Jahren überschritten, gemäss Meteotest (70% des Stickstoffs stammen von der Gülle). Für den Kanton Luzern hat die Hochschule für Agrarwissenschaften errechnet: Neben technischen Massnahmen müsste der Tierbestand um 40% reduziert werden, um das

kantonale Reduktionsziel für Ammoniak zu erreichen. Die Wissenschaft plädiert gleichzeitig dafür, den Fleischkonsum zu reduzieren. Damit entfällt das Argument der Beanstander, dass der Fleischimport zunehmen und die Emissionen ausgelagert würden. Das Interview mit dem zuständigen Regierungsrat Fabian Peter aber zeigt, dass eine Reduktion der Tierbestände im Luzerner Parlament nicht mehrheitsfähig ist.

43.32 Drohnenaufnahmen Stall

Diese Drohnenaufnahme über einem Stall wurde wie alle anderen im Film auf Distanz gedreht, es sind keine Menschen abgebildet und Tiere haben kein Persönlichkeitsrecht. Im Kommentar wird auf diesen Aufnahmen allgemein gesagt, dass gemäss Hochschule für Agrarwissenschaften der Tierbestand im Kanton Luzern um 40% reduziert werden müsste, um das kantonale Ziel bei Ammoniak zu erreichen. Es war darum nicht nötig, zu recherchieren, ob auf diesem konkreten Betrieb der Tierbestand verändert wurde, wie der Beanstander schreibt. Es geht um die Information der Reduktion des Tierbestandes im Kanton Luzern.

2. Antwort auf einzelne andere Beanstandungen zum Film und Onlineartikel
Der DOK legte den Fokus auf den Hofdünger, weil er in der Schweiz der wichtigste Dünger ist, der 70% des Stickstoffbedarfs abdeckt und 85% des Phosphorbedarfs. Die Verluste in die Umwelt sind bei Hofdünger viel höher als bei Mineraldünger; Ammoniak geht im Stall, bei der Lagerung und bei der Ausbringung in die Luft. Mineraldünger kann laut Experten verlustfrei gelagert und bei der Ausbringung oft eingearbeitet werden. Zudem decken die gezielten Mischungen von Mineraldünger die für die Pflanzen erforderlichen Nährstoffe besser ab.

Im Film wurde gesagt, dass die Bauern im Kanton Luzern und speziell im Gebiet des Baldegger- und Sempachersees zwischen 30-50% ihrer Gülle wegführen müssen. Das heisst: Sie haben zu viel Gülle (und damit zu viele Tiere) im Verhältnis zu ihren Ackerflächen. Die wegzuführende Menge wird durch die Suisse Bilanz festgelegt (Nährstoffbilanz). Der Film sprach auch die Nährstoffbilanz der Betriebe rund um den Baldeggersee an, indem der Kommentar sagte, dass diese Bauern heutzutage gezwungen sind, weniger Gülle auszubringen. Konkret: Sie dürfen nur noch 80% des Phosphorbedarfs ausbringen. Aber in diesem Gebiet ist aus historischen Gründen selbst diese Menge zu viel, weil die Böden mit Phosphor überdüngt sind. Selbst wenn die Bauern sofort mit Güllen aufhören würden, würde es rund 10 Jahre dauern, bis die Seebelüftung abgestellt werden könnte. Diese Zahl, die Gewässerchemiker Bernhard Wehrli im Film nennt, stammt aus einem Bericht von Agroscope, der landwirtschaftlichen Forschungsanstalt des Bundes.

Die Nitratauswaschung wurde im Film nicht thematisiert.

Am Schluss des Films wird gesagt, dass wir die Umwelt schonen könnten, wenn wir 70% weniger Fleisch essen würden. Es müsste also nicht mehr Fleisch importiert werden, weil die Fleischmenge sich reduzieren würde. Die Zahl von 70% stammt ebenfalls aus einem Bericht von Agroscope. Agroscope ist dem Bundesamt für Landwirtschaft angegliedert.

(«Evaluation der stark zur Phosphor-Belastung des Baldeggersees beitragenden Flächen», Agroscope Grafik Seite 98/»²⁰ (Umwelt- und ressourcenschonende Ernährung: Detaillierte Analyse für die Schweiz» Seiten 6 und 7)²¹

Der Beanstander kritisiert, wir hätten keinen «wirklichen» Vertreter der Landwirtschaft interviewt. Bauer Arthur Rööslü und sein Vater arbeiten seit Jahrzehnten als Schweinezüchter. Sie sind typische Vertreter der Branche. Im DOK wird gesagt, dass bis Mitte der 1980er Jahre nebst der Gülle Abwässer aus Industrie und Haushaltungen den See verschmutzt haben. Danach aber wurden Kläranlagen gebaut und der Phosphor im Waschmittel wurde verboten. Seither besteht der Haupteintrag gemäss Statistik des Luzerner Umweltamts aus dem «Einzugsgebiet», das heisst aus den mit Phosphor überdüngten Böden.

Die Landwirtschaft wird nicht angeprangert. Die strengen Gesetze rund um den See werden erwähnt: Der Kommentar sagt, dass die Bauern heutzutage gezwungen sind, weniger Phosphor auszubringen. Der Film kritisiert nicht einfach die Bauern, wie der Beanstander schreibt, sondern den mangelnden Vollzug der Umweltschutzgesetze durch den Kanton Luzern.

(Zustand Baldeggersee, Gemeindeverband Baldegger- und Hallwilersee, Grafik, Seite 3²².; Phosphor-Gehalt im 5 Jahresmittel²³)

Beanstandungen Onlinetext «Amtlich tolerierte Umweltverschmutzung»

Der Onlinetext ist weder einseitig noch tendenziös. Er zeigt die Auswirkungen der Gülle auf die Umwelt. Diese Fakten sind nicht neu. Nicht die einzelnen Bäuerinnen und Bauern werden im Artikel kritisiert, wie der Beanstander schreibt, sondern der mangelnde Vollzug der Umweltschutzgesetze (siehe Titel). Auch das ist Fakt: Im Kanton Luzern und Aargau wird bei den drei belüfteten Seen seit 40 Jahren die Gewässerschutzverordnung nicht vollzogen, weil Fische sich natürlich fortpflanzen können müssen, und weil der Sauerstoffgehalt des Wassers zu keiner Zeit und in keiner Seetiefe weniger als 4 mg/l O₂ betragen darf. Im DOK-Film bestätigt Regierungsrat Fabian Peter, dass das Gewässerschutzgesetz nicht eingehalten wird.

Im Fall der Schweizer Wälder wird die Luftreinhalteverordnung seit 2005 nicht eingehalten, weil damals die Critical Level-Grenzwerte für Ammoniak definiert wurden. Sie entsprechen dem Umweltziel des Bundesrats und liegen bei 25'000 Tonnen. Die Ammoniak-Emissionen aber sind seit 20 Jahren rund 40% zu hoch.

²⁰ <https://ira.agroscope.ch/en-US/publication/41029>

²¹ <https://ira.agroscope.ch/de-CH/publication/37058>

²² <https://www.ag.ch/media/kanton-aargau/bvu/umwelt-natur/oberflaechengewasser/hallwilersee/assan-2019-jahresbericht-baldeggersee-hallwilersee.pdf>

²³ https://2seen.ch/wp-content/uploads/2023/06/Pr%C3%A4sentation-Zustand-Baldeggersee_uwe-Luzern.pdf

Der Vorwurf, die Autorin sei nie auf einem Landwirtschaftsbetrieb gewesen, stimmt nicht. Die Autorin realisierte einen Dokumentarfilm über das Leben und Sterben eines Mastschweins während sechs Monaten und war rund acht Mal auf dem Bauernhof.

Der Onlinetext handelt von den Umweltschäden der Gülle und dem fehlenden Vollzug der Umweltschutzgesetze. Die Nährstoffbilanz, die jeder Betrieb erfüllen muss, wird nicht thematisiert, weil die Umweltschäden trotz Nährstoffbilanz entstehen. Die Nährstoffbilanz (Suisse Bilanz) wäre ein separates Thema, da sie Mängel hat und vom Bundesamt für Landwirtschaft aktuell überarbeitet wird.

Der Artikel zeigt auf, dass weder die bundesrätlichen Umweltziele seit 1999 noch die agrarpolitischen Reduktionsziele der letzten 15 Jahre erfüllt werden. Der Artikel erwähnt das erstmals verbindliche Ziel der Senkung des Stickstoffgehalts um 15% bis 2030.

In Bezug auf die Auswirkungen des Güllen-Nährstoffs Ammoniak fokussiert der Artikel auf die Zeit der Subventionierung des Schleppschlauchs von 2008-2021. Der technologische Fortschritt des Schleppschlauch (rund -30% Emissionen) wird im Artikel ausgeführt. In den 13 Jahren, in welchen der Schleppschlauch und andere emissionsreduzierende Massnahmen mit dutzenden von Steuermillionen subventioniert wurden, wirkte sich der Ammoniakverlust auf Stufe Laufstall und Auslauf im Freien aufgrund des Tierwohls nicht aus. Das zeigt die Grafik des Berichts zu Ammoniak der Hochschule für Agrarwissenschaften HAFL. Auch die Tierbestände waren in der Zeit von 2008-2021 relativ konstant, darum kommt der Artikel zum Schluss, dass die Ammoniakemissionen trotz 240 Steuermillionen nur um rund 10% gesenkt werden konnten.

(Beilage: Ammoniak-Emissionen in der Schweiz 1990-2020, Hochschule für Agrar-, Forst- und Lebensmittelwissenschaften, Grafik Seite 99, Stall/Laufhof)²⁴

Die Ombudsstelle nimmt abschliessend wie folgt Stellung:

Der «DOK» führte – nicht zuletzt aufgrund des Lobbying des Luzerner Bäuerinnen- und Bauernverbands (LBV) – neben positiven und negativen Stimmen in den Sozialen Medien – zu einigen Medienberichten, zuletzt in der «Schweiz am Sonntag» vom 13. Januar 2024: «Ein SRF-Film über die Landwirtschaft sorgte für Gesprächsstoff: Wir greifen die strittigsten Punkte auf und prüfen die Faktenlage.» In diesem Wochenendbeitrag tönt die Kritik des Verbands nicht mehr so apodiktisch wie in seiner Beanstandung und in den Beanstandungen seiner Mitglieder.

So wird etwa eingeräumt, dass die Phosphorkonzentration zwar zu hoch sei, aber die deutliche Senkung zu wenig berücksichtigt werde. Hierzu ist zu bemerken, dass für die Sachgerechtigkeit und damit die Ausgewogenheit nicht entscheidend ist, dass die

²⁴ https://agrammon.ch/assets/Documents/Bericht_Agrammon_1990-2020_-20220331.pdf

Konzentration gesunken, sondern dass sie immer noch zu hoch ist – und man auch nicht «kurz vor der Ziellinie» steht, wie die Redaktion durch verschiedene Fakten nachweist.

Selbst der Kanton Luzern räumt im neusten Jahresbericht 2022 «Zustand der Mittellandseen» ein, dass der überwiegende Teil der Phosphorfraktion von den landwirtschaftlich genutzten Flächen in die Seen gelangt und der Anteil weiter reduziert werden muss. Für die Zuschauerinnen und Zuschauer ist es deshalb nicht verständlich, dass sich viele Bauernbetriebe gegen die Umsetzung der verschärften Phosphor-Regelung des Kantons wehrten. Erst nach dem «DOK»-Film wurde bekannt, dass 145 Landwirte im Einzugsgebiet mit ihrer Anfechtung der Regelung vor Bundesgericht nicht durchgedrungen sind und der Kanton diesen Entscheid nicht öffentlich kommunizierte.

Zwar räumt der LBV in der «Schweiz am Sonntag» auch ein, die hohen Phosphorgehalte der Böden seien ein Problem. Doch handle es sich – und das wird in den Beanstandungen wiederholt betont – grösstenteils um Altlasten, die sich nur langsam abbauen liessen und die nicht ausschliesslich der Landwirtschaft zuzuschreiben seien. Das verschweigt die «DOK»-Reportage auch nicht: Es wird ausdrücklich und nicht nur einmal erwähnt, dass die Abwasser aus Industrie und Haushalten mitverantwortlich sind.

Die Nutztiere sind für die Seen eine Belastung. Das räumen auch der LBV und dessen Mitglieder in ihren Beanstandungen ein. Doch müsse zwischen den verschiedenen Nutztieren unterschieden werden. Ein Huhn sei beispielsweise nicht zu vergleichen mit einer Kuh, der Bestand von Kühen sei im Unterschied zum Bestand der Hühner aber gesunken. Wie die SRF-Redaktion differenziert und unter anderem auf die Luzerner Statistik der Tierzahlen und Grossvieheinheiten ausführt, sind Tierzahlen, Grossvieheinheiten und die Phosphormenge im fraglichen Zeitraum um eine relevante Menge angestiegen. Genau darum hat die Luzerner Regierung 2021 ein Aufstockungsverbot für alle Tierarten im Einzugsgebiet des Baldeggersees verfügt.

Die «DOK»-Redaktion kontert jeden einzelnen der vorgebrachten Kritikpunkte sachkundig und mit Fakten hinterlegt. Was die grossmehrerheitlich wohl nicht fachkundigen Medienkonsumierenden überfordert. Das führt den Kommentator in der «Bauernzeitung» vom 22. Dezember 2023, der sich über den «DOK»-Beitrag ärgerte, zu folgendem Schluss: «Medienkonsumenten mit beschränktem landwirtschaftlichem Fachwissen» würden die «Fakten» (bewusst durch den Kommentator in Anführungszeichen gesetzt), nicht hinterfragen, sondern dem «suggerierten Bild der umweltzerstörenden Landwirtschaft» unterliegen.

Dem ist aus Sicht der Ombudsstelle nicht so: Gerade wenn man nicht alle im sorgfältig aufbereiteten «DOK»-Bericht dargelegten Aussagen mangels Fachwissen versteht, bleibt folgender Eindruck:

1. Verantwortlich für den zu hohen Phosphor-Gehalt der Seen im Kanton Luzern ist die Politik: Der sowohl für das Umwelt- als auch das Landwirtschaftsamt zuständige Regierungsrat räumt ein, dass das Gewässerschutzgesetz nicht umgesetzt wird, weil

die Reduktion der Tierbestände, die massgeblich für den Zustand der Seen verantwortlich sind, im Luzerner Parlament nicht mehrheitsfähig ist. Es ist also nicht die Landwirtschaft, die an den Pranger gestellt wird. Die Politik zwingt sie nicht zu dem Verhalten, zu dem sie gesetzlich verpflichtet wären.

2. Freiwillige Reduktionsmassnahmen bei Phosphor und Ammoniak, die der Umwelt zugute kämen, wurden zu wenig genutzt. Im freiwilligen Geruchsprojekt ist Bauer Rööfli ein Vorreiter, der im «DOK»-Film als «Nestbeschmutzer» bezeichnet wird und sich ärgert, dass seine Freiwilligkeit nicht nur nicht belohnt, sondern gar bestraft wird. Bezeichnenderweise wird von sehr vielen Beanstanderinnen und Beanstandern gesagt, in der Reportage käme kein «wirklicher» Vertreter der Landwirtschaft zu Wort. Warum werden ein Landwirt und Schweinehalter, der sich im Rahmen des für ihn Verantwortbaren bemüht, seinen Beitrag an die Umwelt zu leisten, als nicht «echt» bezeichnet, während andere, die sich nicht an Gesetze halten, solange man sie nicht zwingt bzw. ihnen praktisch nichts für ihre Bemühungen bezahlt, mehr hätten zu Wort kommen müssen?
3. Die Hauptverantwortung liegt bei der Gesellschaft, also bei den Konsumentinnen und Konsumenten. Denn, wie der Bericht zum Schluss sagt: «Im Schnitt isst jeder und jede durchschnittlich ein Kilo Fleisch pro Woche. Um die Umwelt zu schonen, müssten es 70 Prozent weniger sein.»

Zweifellos trägt der «DOK» dazu bei, dass man dieses Verhalten hinterfragt. Das Schicksal des herzigen Schweinchens 6003, das gut sechs Monate zu leben hat, das Verhalten des Muttertiers, das sich gegen die Trennung von 6003 wehrt, der Schlachtprozess und die ihrem Job nachgehenden Schlachthofmitarbeiter beispielsweise gehen einem nahe. Rööfli ist, wie alle Landwirte, Bauer und Unternehmer. «Solange eine Nachfrage besteht, produziere ich», sagt er im Film. Damit wird für die Zuschauerinnen und Zuschauer deutlich: unterschiedliche Überzeugungen resp. Prioritäten kommen sich zwangsläufig in die Quere.

Bis zu einem gewissen Grad war der «DOK»-Film also anwaltschaftlich gehalten (zu viel Fleischkonsum schadet der Umwelt, man sollte den Konsum einschränken). Die Transparenz wurde aber gewahrt – durch kritische Distanz zum Ergebnis der eigenen Recherchen und mittels Erklärungen von Drittpersonen. Auch die gestalterisch eingesetzten Mittel waren sachgerecht.

Gemäss Einschätzung der Ombudsstelle konnten sich die Zuschauenden aufgrund der gelieferten Informationen und deren Aufarbeitung ein eigenes sachgerechtes Bild machen. Es wurden keine wesentlichen Umstände verschwiegen, die zu Wort kommenden Protagonistinnen und Protagonisten waren in der Auswahl ausgewogen. Die Politik äusserte sich ausgiebig – im «O-Ton» etwa der amtierende Regierungsrat und ehemalige Chefbeamte, aber auch der Geschäftsführer des Luzerner Bäuerinnen- und Bauernverbands, der zur nicht genügend funktionierenden Freiwilligkeit beim Geruchsprojekt Stellung nahm. Zu Wort kamen zudem die Wissenschaft, Förster, Fischer oder Betreiber einer Belüftungsanlage.

Das Gebot der Sachgerechtigkeit verlangt nicht, dass alle Standpunkte qualitativ und quantitativ genau gleichwertig dargestellt werden. Entscheidend ist, dass die Konsumentinnen und Konsumenten erkennen können, dass und inwiefern eine Aussage umstritten ist. Das ist im beanstandeten Beitrag der Fall. Die aufgeworfenen Probleme wurden eingebettet und anhand von Beispielen, gestützt durch amtliche Dokumente, illustriert.

Aus Sicht der Ombudsstelle liegt **kein Verstoss gegen das Sachgerechtigkeitsgebot gemäss Art. 4 Abs. 2 des Radio- und Fernsehgesetzes** vor.

Sollten die Beanstanderinnen und Beanstander in Erwägung ziehen, den rechtlichen Weg zu beschreiten und an die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI) gelangen, findet sich im Anhang die Rechtsmittelbelehrung.

Mit freundlichen Grüssen

Ombudsstelle SRG Deutschschweiz